

D-02 Mehr Demokratie ist die Lösung

Antragsteller/innen: BuVo

Gegenstand: Mehr Demokratie ist die Lösung - Netzpolitik

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 12.10.2011

Offenheit, Freiheit, Teilhabe - die Chancen des Internets nutzen - den digitalen Wandel grün gestalten!

- 1 Unser gesellschaftliches Zusammenleben hat sich in den vergangenen 20 Jahren
2 grundlegend verändert. Nach der friedlichen Revolution und dem Ende des Kalten Krieges
3 wurde mit der bahnbrechenden Entwicklung des World Wide Web eine weitere
4 entscheidende Phase der Globalisierung eingeleitet. Seitdem befinden wir uns in einem
5 voranschreitenden Prozess der globalen Demokratisierung, wobei gleichzeitig Gefahren von
6 Zensur und Überwachung durch staatliche wie private Stellen rapide zugenommen haben.
7 Die Steigerung von Transparenz und Teilhabe, die uns durch die Möglichkeiten des Internets
8 geboten werden, haben Gesellschaft und Politik weltweit nachhaltig verändert. Die
9 Digitalisierung der Bildungslandschaft und Zugang zu Wissen für alle steht als
10 Herausforderung vor uns. Mittlerweile sind rund zwei Milliarden Menschen auf unserer Erde
11 online, allein 60 Millionen UserInnen davon in Deutschland. All diese Menschen haben mehr
12 oder weniger freien Zugang zu globalen Wissensressourcen, zu ökonomischer, sozialer,
13 politischer wie kultureller Partizipation. Sie nutzen, wie wir jüngst in Nordafrika und dem
14 Nahen Osten feststellen konnten, die ihnen neu gebotenen Möglichkeiten der
15 Kommunikation, um mehr Demokratie und Transparenz zu fordern und einzuführen, um
16 Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und eine weltweite Öffentlichkeit zu
17 erzeugen. In zahlreichen Diktaturen und autoritären Regimen ist das Internet - zumindest in
18 Teilen - das letzte Sprachrohr und der einzig verbliebene Hort der Freiheit, auch wenn
19 einzelne Personen oder staatliche Stellen durch Manipulation von Informationen, Quellen,
20 Bildern und Videos versuchen eine andere Öffentlichkeit durch ihre Propaganda zu
21 erzeugen. Dies alles macht das Internet und die digitale Revolution zu den größten medialen
22 Errungenschaften seit der Erfindung des Buchdrucks.
- 23 Vor dem Hintergrund dieser positiven Innovationen ist uns bewusst, dass wir uns an einer
24 entscheidenden Weggablung befinden. Die Frage, wie und in welcher digitalen Zukunft wir
25 demokratisch zusammenleben wollen, wie wir die neuen Herausforderungen, die mit
26 zunehmender Digitalisierung und der Verbreitung des Internets entstehen, angehen und
27 lösen möchten, gilt es jetzt zu beantworten. Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehmen uns
28 dieser Fragen seit über einem Jahrzehnt leidenschaftlich an, die öffentliche Diskussion wird
29 seit Jahren auch von grünen Stimmen mitgeprägt. Wir streiten dabei nicht für eine Gruppe,
30 die besonders aktiv oder kaum aktiv das Internet nutzt, oder nehmen nur einen Blickwinkel
31 ein, sondern streiten für die Möglichkeiten und Stärkung des Internets als Ganzes.
- 32 Die globale Verbreitung des Internets wirft Fragen auf, die nicht von heute auf morgen
33 beantwortet werden können. Es geht dabei um Prozesse, die wir selbst mitgestalten, wo
34 auch wir Grüne immer wieder lernen werden. Im Austausch mit anderen Akteuren aus
35 Wissenschaft, Kultur, Zivilgesellschaft und Wirtschaft wollen wir unsere Ideen und Konzepte
36 weiterentwickeln. Die Herausforderungen des Internets lassen sich nicht mit den Antworten

37 des 20. Jahrhunderts meistern. Wenn Programmcodes und Algorithmen, die Basis des
38 digitalen Fortschritts, immer häufiger die zentralen Steuerungsmechanismen des 21.
39 Jahrhunderts sind, so wissen wir auch, dass diese nicht starr, sondern fließend, in
40 ständiger Bewegung sind. Diese Bewegung wird sich nicht an einem politischen
41 Themenfeld orientieren oder in einer Nische verharren, sondern alle Politikbereiche
42 beeinflussen. Die Digitalisierung unseres Lebens und der Gesellschaft wird Auswirkungen
43 auf alle politischen Felder haben, Netzpolitik wird zukünftig noch stärker zur
44 Querschnittsaufgabe, da es nicht nur um technische, sondern es sich vor allem um
45 gesellschaftliche Veränderungen und Chancen handelt, die wir politisch gestalten wollen.
46 Wir begreifen dies als Chance, Netzpolitik an unseren Grundwerten - Ökologie,
47 Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie - auszurichten.

48 Die Souveränität von Staaten hat sich in den vergangenen Jahrhunderten in der Ausübung
49 von Staatsgewalt und damit auch der Rechtsdurchsetzung über ein klar definiertes
50 Territorium manifestiert. Das Internet schafft in Teilen eine neue globale Realität: Die
51 digitale Sphäre ist wortwörtlich grenzenlos. Dies zeigt uns die Notwendigkeit auf,
52 demokratisch legitimierte Institutionen weiter zu entwickeln und neue Orte für
53 demokratische Mitbestimmung zu etablieren, auch um die Freiheit des Internets zu
54 bewahren. Dies ist vor dem Hintergrund vermehrter staatlicher Eingriffe in die Infrastruktur
55 des Internet, nicht nur in Staaten wie China oder dem Iran, sondern auch in Europa, wie
56 z.B. in der Türkei und Ukraine, umso entscheidender.

57 Diesen Anspruch darf man gleichwohl nicht mit dem Ruf nach einer größtmöglichen
58 Deregulierung des Internets verwechseln. Das Internet braucht zweifellos gewisse Regeln:
59 Um die ökonomische Dominanz Weniger zurückzudrängen, größtmögliche Teilhabe zu
60 gewährleisten, verhältnismäßige Rechtsdurchsetzung zu ermöglichen, Innovationen zu
61 fördern und Offenheit zu leben. Wir wollen Kreativität fördern und Kreative nicht abhängen,
62 sondern mitnehmen und Wege einer angemessenen finanziellen Teilhabe ermöglichen.
63 Ein offenes und freies Internet für alle sicherzustellen, wird eine der zentralen
64 Herausforderungen unserer Demokratie und grünen Politik in den kommenden
65 Jahrzehnten sein.

66 **Der digitale Wandel ist im vollen Gange**

67 Die immer intensivere Nutzung des Internets setzt weltweit Veränderungen in Gang, deren
68 Auswirkungen politische Systeme strukturell und dauerhaft beeinflussen und verändern.
69 Auch in Deutschland, das digitale Chancen bisher häufig viel zu zaghaft nutzt, muss dieser
70 Transformationsprozess demokratisch und solidarisch gestaltet werden. Die Freiheit des
71 Internets ist im 21. Jahrhundert aber leider keine Selbstverständlichkeit mehr. Weltweit
72 häufen sich staatliche Eingriffe und Beschneidungen der Bürgerrechte im Internet – nötig
73 ist darum eine aktive Gestaltung und dauerhafte Sicherung der Internetfreiheit. Der freie
74 und gleichberechtigte Zugang zu Informationen trägt zu einem demokratischen Aufbruch
75 im Kleinen wie im Großen bei, indem Transparenz geschaffen und Partizipation ermöglicht
76 wird. Gleichzeitig eröffnet ein freies und für alle offenes Internet ein Mehr an neuen
77 Bildungschancen, ein Mehr an neuem Wissen und ein Mehr an neuen Möglichkeiten für
78 soziale Teilhabe und wirtschaftliche Entfaltung. Wir Grüne wollen das Internet und seine
79 digitalen Formen von Öffentlichkeit nutzen und die Entwicklung unterstützen, um eine
80 neue demokratische Kultur zu etablieren, die sich stärker an den Bürgerinnen und Bürgern
81 orientiert und so zu einer wirklichen BürgerInnenregierung werden kann.

82 Die Aufstände in den MENA-Staaten waren weltweit die ersten Revolutionen, die
83 Diktaturen stürzten und dabei vornehmlich nach den Regeln der digitalen Welt

84 funktionierten. Weltweit abrufbare Videos wurden zum Schutzschild gegen weitere,
85 ausufernde staatliche Gewaltexzesse, Kurznachrichten haben zur Mobilisierung des
86 demokratischen Protests entscheidend beigetragen und BloggerInnen, die zu
87 Augenzeugen vor Ort wurden, bereicherten die Berichterstattung oder übernahmen
88 oftmals deren Funktion komplett. Auch die Grüne Bewegung im Iran schützte und
89 mobilisierte sich zum Teil durch neue digitale Techniken und in China werden durch
90 Kurznachrichten innerhalb kürzester Zeit Skandale aufgedeckt und politischer Druck
91 erzeugt.

92 All dies macht die gesellschaftliche Bedeutung des Internets in all seinen Facetten deutlich
93 und zeigt klar auf, wieso der auch bei uns auszumachende Drang nach zunehmender
94 staatlicher, aber auch wirtschaftlicher Kontrolle des Internets zurückgedrängt werden
95 muss. Software und Hardware aus Deutschland wird zur Internetzensur und Kontrolle der
96 BürgerInnen in den Diktaturen unserer Zeit eingesetzt. Internetzugänge werden unter
97 anderem auch von europäischen Firmen auf staatlichen Druck hin gekappt.
98 Menschenrechtspolitik im 21. Jahrhundert bekommt somit eine digitale Komponente. Für
99 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedeutet dies nichts weniger, als den Kampf für Meinungs-
100 und Pressefreiheit auch im Internet mit aller Entschiedenheit zu führen. Ein freies Internet
101 stärkt die Informationsfreiheit, die informationelle Selbstbestimmung und die
102 Versammlungs- und Assoziierungsfreiheit. Hierfür setzten wir uns ein - sowohl national,
103 als auch europäisch und international.

104 Für ein freies und offenes Internet

105 Die Fehler, die weltweit nach den Anschlägen des 11. September 2001 mit dem Abbau
106 von Bürgerrechten begangen wurden, dürfen sich, speziell wenn es um die Abwehr von
107 Angriffen staatlicher wie privater Akteure im Internet geht, nicht wiederholen. Das
108 Schlagwort der "Cybersicherheit" darf nicht zum Deckmantel für einen Abbau des freien
109 und offenen Internets führen. Konkret heißt das für uns, dass wir die
110 verdachtsunabhängige Speicherung von Informationen, wie sie unter anderem bei der
111 Vorratsdatenspeicherung (VDS) von Telekommunikationsdaten erfolgen soll, in aller
112 Deutlichkeit ablehnen. Sie führt zu einer Überwachung und staatlichen Datensammlung
113 die unseren Rechtsstaat in seinen Grundfesten erschüttert. Die Konsequenz ist ein
114 permanenter Generalverdacht gegen alle Bürgerinnen und Bürger und deren ständigen
115 Kontrollierbarkeit durch umfassenden Datenzugriff. Wir Grüne treten daher europaweit für
116 ein schnelles Ende dieser Praxis und stattdessen bürgerrechtskonforme Lösungen bei der
117 Strafverfolgung - etwa durch den Quick Freeze, dem vorübergehendem Sichern von Daten
118 zum Zwecke der Strafverfolgung, von Verkehrsdaten im konkreten Verdachtsfall - ein.

119 Auch wehren wir uns gegen die Privatisierung der Rechtsdurchsetzung ohne ordentliches
120 rechtsstaatliches Verfahren. Eingriffe in Grundrechte wie die Meinungs- oder
121 Informationsfreiheit darf es nur auf gesetzlicher Grundlage und durch gerichtlichen
122 Beschluss geben. Das heimliche ausspionieren von Computern lehnen wir ab, die
123 heimliche Online-Durchsuchung wollen wir im Bund und den Ländern abschaffen, und
124 dem neu geschaffenen Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität
125 informationstechnischer Systeme endlich politisch auch zu seiner Wirkung verhelfen und
126 die Intimsphäre im digitalen Zeitalter schützen. Das Internet ist nicht grundrechtsfrei!

127 Um dies abzusichern, treten wir für einen globalen Kodex zur Sicherung unserer Freiheits-
128 und Bürgerrechte im Internet ein. Manche bezeichnen dieses Ziel als Magna Carta des 21.
129 Jahrhunderts, andere wollen eine Übertragung der Allgemeinen Erklärung der
130 Menschenrechte auf das Internetzeitalter. Die Vereinten Nationen haben bereits 2003

131 einstimmig klargestellt, dass diese die Grundlage auch für die Informationsgesellschaft
132 sein muss. Für uns Grüne ist klar: Wir müssen die universellen Menschen- und
133 Bürgerrechte auch im Internet weltweit schützen.

134 Daher streiten wir für eine stärkere und effektive Kontrolle und das Ende der Ausfuhr von
135 Know-How, Technik und Software, die Zensur, Sperrungen und die Überwachung des
136 Internets ermöglichen. Auch wenn wir uns der technischen Komplexität und der
137 Möglichkeiten des Dual-Use in diesem Bereich bewusst sind, so gilt es dennoch, politisch
138 Wege zu finden, die diese Praktiken unterbinden und ächten, damit die Einschränkung von
139 Presse- und Meinungsfreiheit im Internet zurückgedrängt und die Verfolgung
140 beispielsweise von BloggerInnen und InternetaktivistInnen wirksam bekämpft wird. Wir
141 haben größte Hochachtung und Anerkennung vor denen, die sich in undemokratischen
142 Regimen in die Öffentlichkeit wagen und unter hohem persönlichem Risiko der Welt mit
143 ihren Beiträgen, Videos oder Tweets einen Einblick in den politischen Alltag und die
144 gesellschaftlichen Veränderungen ihrer Heimat geben.

145 Wir werden uns weiterhin mit aller Kraft für die Meinungs- und Pressefreiheit einsetzen
146 und gegen Folter, drakonische Strafen und Gefahr für Leib und Leben kämpfen.

147 Doch auch in Deutschland ist die Meinungsvielfalt, beispielsweise mit einer drohenden
148 Abschaffung der Netzneutralität, in Gefahr. Seit seiner Entstehung ist die technische
149 Struktur des Internets neutral – ganz egal, um welche Inhalte es geht: Ob Videodaten,
150 Textdaten, Bilder oder Sprache – die Datenpakete und Dateien werden gleichberechtigt
151 bzw. diskriminierungsfrei durch das Netz geleitet. Dieses Prinzip der Netzneutralität war
152 nicht nur der Garant der bisherigen, demokratischen Entwicklung des Internets, sondern
153 ist auch elementar für die Zukunft des Internets. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen
154 Netzneutralität als die gleichberechtigte Übertragung von Daten im Internet, ungeachtet
155 ihrer Herkunft, ihres Zieles, ihres Inhalts, verwendeter Anwendungen oder benutzter
156 Geräte, wobei als gleichberechtigte Übertragung der Transport von Daten über die
157 Übertragungswege des Internets ohne behindernde Eingriffe wie Sperren, Verlangsamen
158 und Verfälschungen zu verstehen ist. Damit einher geht ein Diskriminierungsverbot für den
159 Transport von Daten.

160 Durch die bevorzugte Durchleitung bestimmter Daten werden demokratische Prinzipien
161 untergraben und freier Wettbewerb behindert. Die weitere Entwicklung und der Ausbau
162 des Internets darf nicht zu weniger Freiheit bei der Nutzung führen, sei es beim
163 Breitbandanschluss in den eigenen vier Wänden oder beim mobilen Internetzugang.
164 Diesen massiven Eingriff in die demokratische Grundstruktur des Internets zugunsten der
165 bevorzugten Durchleitung von Daten einiger weniger großer Unternehmen lehnen wir
166 entschieden ab und setzen uns stattdessen für einen effektiven Schutz der
167 gleichberechtigten Meinungsfreiheit im Internet ein. Wir streiten für die rechtliche
168 Verankerung der Netzneutralität und wollen zukünftige Förderungen beim Netzausbau an
169 eine Verpflichtung der Netzbetreiber zur Netzneutralität koppeln.

170 In Gebieten, wo der Breitbandausbau noch stockt oder bisher gar nicht vorangekommen
171 ist, müssen die weißen Flecken endlich geschlossen werden. Für den Glasfaserausbau ist
172 eine Förderung wichtig und sinnvoll – nur so können wir die digitale Spaltung unserer
173 Gesellschaft überwinden. Zum grünen Verständnis von sozialer Teilhabe im 21.
174 Jahrhundert gehört es, den Breitbandzugang als Teil der Daseinsvorsorge über einen
175 verpflichtenden Universaldienst sicherzustellen und die Unpfändbarkeit des
176 Internetzugangs festzuschreiben. Wir wollen daher gesetzlich festschreiben, dass ab 2013
177 allen Bürgerinnen und Bürgern der Zugang zum Internet in einer Schnelligkeit von 6

178 MBit/Sekunde zur Verfügung stehen muss. Innerhalb der nächsten fünf Jahre wollen wir
179 eine flächendeckende Versorgung jedes Haushalts mit einer Übertragungsrate im
180 zweistelligen Mbit-Bereich gewährleisten. Mittelfristig wollen wir über einen dynamischen
181 ausgestalteten Universaldienst diese Bandbreite regelmäßig anpassen und schrittweise
182 erhöhen, um Deutschland fit für das digitale Zeitalter zu machen. Bis 2020 sollen - entlang
183 der Digitalen Agenda der EU - 30 Mbit/Sekunde flächendeckend verfügbar sein. Dazu
184 gehört für uns ebenso eine Erhöhung der Uploadrate, da das Hochladen von Daten für ein
185 partizipatives Internet, in dem man SenderIn und EmpfängerIn zugleich ist, fundamental
186 ist. Darüber hinaus wollen wir Vorhaben, die den Ausbau von kostenfreien WLAN-
187 Netzwerken zum Ziel haben – ob öffentlich oder privatwirtschaftlich, ob in Städten, auf
188 öffentlichen Plätzen oder im ÖPNV - aktiv unterstützen und damit eine bürgernahe
189 technologische Infrastruktur schaffen.

190 Zudem wollen wir Technologien fördern, die das Teilen von Internetbandbreite
191 ermöglichen und die Anonymität beim Zugang oder der Nutzung des Internets
192 gewährleisten. So ließe sich nicht nur ein für alle Seiten wünschenswerter globaler
193 Wissensaustausch organisieren, sondern gleichzeitig könnten den Menschen Werkzeuge
194 an die Hand gereicht werden, um in autoritären und totalitären Staaten das Internet auch
195 anonym nutzen zu können. Denn für uns ist die Möglichkeit der Verwendung von
196 Pseudonymen oder Anonymität zentraler und rechtlich zu schützender Bestandteil eines
197 freien Internets. Auch vor dem Hintergrund, dass das Telemediengesetz schon heute aus
198 gutem Grund klare Vorgaben macht, indem es die Anbieter von Telemedienangeboten
199 verpflichtet, eine anonyme Nutzung zu ermöglichen, erteilen wir einer sog.
200 Klarnamenpflicht eine deutliche Absage. Wer "Vermummungsverbote" im Internet fordert,
201 dokumentiert seine Unwissenheit über die bestehende Rechtslage und riskiert zugleich
202 weitere Datenskandale.

203 Wie die Umbrüche im Nahen Osten und der arabischen Welt gezeigt haben, kann das
204 Internet mit seiner Offenheit elementar für die Weiterentwicklung unserer Demokratie und
205 deren Vitalisierung sein. Es ermöglicht neue Chancen der Teilhabe an politischen und
206 gesellschaftlichen Prozessen. Das Internet eröffnet auch neue Formen des Protests, sei
207 es durch die Veröffentlichung von Informationen als auch neue Wege des zivilen
208 Ungehorsams. Das gemeinschaftliche Aufrufen von Webseiten und als Folge dessen die
209 Blockierung dieser, ohne zur Hilfenahme von technischen oder auch illegalen Hilfsmitteln
210 wie Botnetze, einem Netzwerk von infizierten und zentral ferngesteuerten Computern, fällt
211 für uns unter den zivilen Ungehorsam.

212 **Informationsfreiheit 2.0: Transparente Demokratie in Zeiten der Digitalisierung**

213 Die Möglichkeiten, Transparenz zu schaffen, Menschenrechtsverletzungen aufzudecken
214 und gesellschaftliche Missstände anzuprangern, haben durch das Internet neuen Antrieb
215 erhalten. Die Veröffentlichungen von Wikileaks über Umweltverschmutzungen in Afrika,
216 Korruption im Bankensystem oder Menschenrechtsverletzungen im Irak-Krieg haben eine
217 globale Öffentlichkeit für diese Missstände geschaffen. Auch wenn das Recht auf
218 Transparenz nicht grenzenlos ist, stehen wir Grüne dennoch für eine neue Kultur der
219 Offenheit, die Transparenz gewährleistet, Partizipation ermöglicht, Geheimhaltung
220 minimiert und dabei Persönlichkeitsrechte sowie geschützte Räume sichert.

221 Daher streiten wir für eine Ausweitung und Modernisierung der Informationsfreiheit, bei der
222 die bestehenden zersplitterten Informationszugangsgesetze in ein einheitliches
223 BürgerInneninformationsgesetz überführt werden. In Zukunft muss begründet werden,
224 wieso Verwaltungsdokumente oder sonstige öffentliche Unterlagen als geheim eingestuft

225 und somit der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden. Wir wollen das bisher
226 bestehende Prinzip umdrehen und die Verwaltungen dazu verpflichten, Dokumente,
227 Analysen, Gutachten, Erhebungen und Statistiken nicht nur auf Nachfrage
228 herauszugeben, sondern von vornherein proaktiv als offene Daten (Open Data) frei
229 verfügbar zu machen. Für alle staatlichen Veröffentlichungen, auch die von Parlamenten,
230 fordern wir die Verwendung von maschinenlesbaren und freien Formaten und die
231 entsprechende Auswahl von Nutzungslizenzen zur privaten wie zur kommerziellen
232 Nutzung, um Informationswertschöpfungsketten zu ermöglichen. Nach dem Vorbild des
233 Bremer Informationsregisters und des Berliner Open-Data-Portals wollen wir
234 schnellstmöglich ein zentrales bundesweites Portal für offene Daten einführen, dessen
235 Daten dezentral aus Bund, Ländern und Kommunen eingepflegt werden.

236 Wir wollen eine Kultur der Zusammenarbeit zwischen BürgerInnen und Verwaltung
237 etablieren und diese Schritt für Schritt gemeinsam mit der Verwaltung, Wissenschaft und
238 interessierten Öffentlichkeit weiterentwickeln. 200 Jahre deutsche Verwaltungskultur muss
239 sich im 21. Jahrhundert weiter entwickeln und wir wollen mehr Beteiligung und
240 Transparenz ermöglichen, auch gegen zu erwartende Widerstände. Wir wollen eine
241 stärkere Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungsprozessen, mehr Teilhabe an
242 gesellschaftlichen Debatten, den Abbau von Korruption und intransparenter
243 Hinterzimmerpolitik sowie Motivation zahlreicher Menschen zur Teilhabe an unserem
244 politisch-gesellschaftlichen Leben.

245 Wir fühlen uns dabei den Prinzipien eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns
246 (Open Government) verpflichtet. Dazu gehört für uns die internetbasierte Zusammenarbeit
247 mit innovativen kollaborativen Werkzeugen, die der Kommunikation mit den Bürgerinnen
248 und Bürgern dient. Wir unterstützen Initiativen aus grün mitregierten Ländern,
249 Regierungshandeln und Bürgerbeteiligung im Sinne des Open Government zu gestalten.

250 Das Internet ist das Mittel der Wahl, wenn es um die aktive Beteiligung der Bürgerinnen
251 und Bürger geht. Planfeststellungsverfahren sind online zum frühestmöglichen Zeitpunkt
252 transparent zu machen, Verträge der öffentlichen Hand mit privatwirtschaftlichen Akteuren
253 zwingend zu veröffentlichen. Wir zielen damit vor allem auf mehr Partizipation an
254 Entscheidungen von Regierung und Verwaltung, die vom Wissen der Bürgerinnen und
255 Bürger profitieren und deren Teilhabe sichert. Die Verwaltungsmodernisierung im Rahmen
256 des E-Government muss nicht nur auf Rationalisierung, sondern vor allem auf
257 Transparenz und Teilhabe zielen.

258 Damit einher geht die Etablierung eines wirksamen Schutzes von WhistleblowerInnen
259 bzw. InformantInnen. Wer gesellschaftliche Missstände aufdeckt, kriminelle
260 Machenschaften publik macht oder illegale Praktiken enttarnt, gehört geschützt und nicht
261 mit arbeitsrechtlichen Prozessen oder Schadenersatzklagen überzogen. Es werden immer
262 mehr Plattformen wie Wikileaks aufkommen, sie werden sich thematisch fokussieren oder
263 auf einzelne Regionen beschränken. Diese Plattformen gehören genauso wie neue
264 Intermediäre geschützt, sie sind für uns Teil einer Informationskultur, die vom Grundsatz
265 der Pressefreiheit gedeckt wird. Dementsprechend lehnen wir das Vorgehen einzelner
266 Unternehmen, wie es im Fall Wikileaks praktiziert wurde, entschieden ab. Egal ob auf
267 staatlichen Druck hin oder aus eigenem Interesse: Presse- und Meinungsfreiheit muss
268 geschützt werden, Inhalte auf Servern dürfen ohne richterliche Entscheidung nicht auf
269 Druck von staatlichen Stellen aus gelöscht, Konten nicht gesperrt oder Domainnamen und
270 IP-Adressen nicht entzogen werden. Wir begrüßen die Bemühungen um ein modernes,
271 JournalistInnen- und WhistleblowerInnen-freundliches Medien- und Internetrecht, wie es

272 derzeit in Island entwickelt wird, und wollen uns für ein ähnliches "Modern Media"-Paket
273 auch in Deutschland einsetzen.

274 **Datenschutz im digitalen Zeitalter**

275 Grundlegende Reformen des Datenschutzes, die sich am Grundsatz der informationellen
276 Selbstbestimmung und unserem Motto „Meine Daten gehören mir“ orientieren, sind
277 unabdingbar. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern diese auch weiterhin mit Nachdruck ein.
278 Wir glauben nicht, dass sich die Privatsphäre und deren Schutz überholt haben, sondern
279 es eines Zusammenspiels aus Gesetzen, gesellschaftlicher Debatte und technischen
280 Lösungen bedarf, um diese abzusichern. Eine Welt ohne Privatsphäre halten wir für nicht
281 lebenswert. Privat- und Intimsphäre, Geheimnisse und selektive Informationsflüsse sind
282 die essentielle Grundlage einer freier Gesellschaft, Teil der kreativen Kultur und Ausdruck
283 autonomer Persönlichkeiten. Wir wollen einen Datenschutz, der explizit im Grundgesetz
284 verankert und garantiert ist, der es jedoch jeder und jedem frei und selbstbestimmt
285 ermöglicht, selbst eigene Daten und Informationen zu veröffentlichen und aktiv mit
286 anderen zu teilen. Es muss rechtlich Klarheit herrschen, welche Informationen auf welche
287 Weise veröffentlicht werden dürfen und welche Grundsätze zum Schutz der Privatsphäre
288 gelten.

289 Dazu benötigen wir weiterhin eine umfassende Modernisierung des Datenschutzes.
290 Moderne Datenschutzgesetze zeichnen sich durch innovative Ansätze aus, die präventiv
291 ansetzen, auch mittelbare Steuerungsmechanismen aufgreifen und verfahrensmäßige
292 Vorkehrungen wie Befristungen und laufende Evaluationen auf ihre Wirksamkeit stets mit
293 enthalten. Unabhängig von Konstrukten wie der Stiftung Datenschutz muss in der Sache
294 gewährleistet sein, dass der Datenschutz auch als Wettbewerbsfaktor wirksam wird.
295 Deshalb fordern wir endlich die Vorlage eines anspruchsvollen Gütesiegel- und
296 Auditierungsgesetzes. Hier steht auch ausdrücklich die Privatwirtschaft in der Pflicht. Das
297 Sammeln und Auswerten von Daten als Geschäftsmodell von Sozialen Netzwerken, E-
298 Commerce-Anbietern oder Suchmaschinenbetreibern muss datenschutzkonform erfolgen,
299 hierfür brauchen wir eine durchsetzungsstarke gesetzliche Grundlage.

300 Mit der zunehmenden Digitalisierung wird die Vernetzung und Auswertung von
301 Datenbanken immer leichter und weckt Begehrlichkeiten von privaten wie staatlichen
302 Akteuren. Darum treten wir auf europäischer und internationaler Ebene für verbindliche
303 Standards für den Daten- und Grundrechtsschutz im Internet ein, um die Einschnitte in die
304 Internetteilnahme zurückzudrängen. Anlasslose Speicherorgien, wie die
305 Flugpassagierdatenerfassung, lehnen wir ab. Die Datenweitergaben in die USA zu
306 Sicherheitszwecken (PNR, SWIFT, etc.) sind nach wie vor nicht hinreichend eingegrenzt,
307 der Rechtsschutz ist kläglich. Die Abkommen gehören beendet oder bedürfen massiver
308 Nachverhandlungen. Wir unterstützen die EU-Justizkommissarin in ihrem ambitionierten
309 Vorhaben, die Europäische Datenschutzrichtlinie neu zu regeln, dem Datenschutz besser
310 zur Durchsetzung - auch international - zu verhelfen, auch mit Konzepten wie "Privacy by
311 Design", die Datenschutz in der Konstruktion mitdenken oder "Privacy by Default", die
312 höchste Datenschutzstandards als Voreinstellung beinhalten.

313 **Keine Internetsperren**

314 Freiheit in einer digitalisierten Welt bedeutet sowohl Schutz des Individuums als auch
315 Durchsetzung ihrer oder seiner Rechte. Die völlig unverhältnismäßigen und
316 verfassungsrechtlich kaum haltbaren Sperrungen von Internetzugängen bei
317 Urheberrechtsverletzungen in Frankreich, der Einsatz von Filtertechnologie in
318 Großbritannien oder Sperrlisten in Finnland greifen massiv in individuelle Grundrechte ein.

319 Sie leisten dem Aufbau von entsprechenden Sperr- und Zensurinfrastrukturen Vorschub.
320 Als Bürgerrechtspartei stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Stärkung unserer
321 Bürgerrechte und nicht für deren Abbau. Beim Jugendmedienschutz im Internet,
322 gewaltverherrlichenden oder volksverhetzenden Inhalten, Schutz der
323 Persönlichkeitsrechte oder Plattformen, die ausschließlich die Beleidigung und
324 Diffamierung anderer Menschen zum Ziel haben, muss, wenn eine Straftat vorliegt, die
325 Strafverfolgung konsequent durchgeführt werden. Wir Grünen setzen uns weiterhin für
326 eine effektive Löschung entsprechender verbotener Inhalte nach rechtsstaatlichen
327 Prinzipien ein, erteilen aber Sperrfantasien auch weiterhin eine deutliche Absage. Neben
328 der effektiven, aber auch verhältnismäßigen Verfolgung von Straftaten ist es ebenso
329 wichtig, den Erwerb von Medienkompetenz zu unterstützen und die Stärkung der
330 Selbstbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer mit geeigneten Programmen auszubauen.

331 Dabei ist für uns der Jugendmedienschutz kein Ausdruck antiquierten, überholten
332 Denkens, sondern auch in einer digitalisierten Welt eine notwendige
333 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir wollen dabei stärker zwischen dem Schutz von
334 Kindern und Jugendlichen differenzieren. Allerdings muss der Jugendmedienschutz
335 natürlich in Abwägung mit anderen freiheitlichen Grundrechten ausgestaltet werden. Diese
336 miteinander in ein ausgewogenes Verhältnis zu setzen, ist die Herausforderung, vor der
337 wir auch in Zukunft weiter stehen. Die von uns abgelehnte Neufassung des
338 Jugendmedienschutzstaatsvertrages (JMStV) ist diesem Anspruch nach Ausgewogenheit
339 und Angemessenheit nicht gerecht geworden. Sie hat vielmehr eine Richtung
340 eingeschlagen, welche kommerzielle Angebote bevorzugt und den Zugang zu globalen
341 Angeboten erschwert. Für uns geht es darum, Jugendschutz zu ermöglichen und
342 gleichzeitig Zugang zu wahren. Verpflichtende Vorkontrollen und nicht leistbare
343 Klassifizierungen lehnen wir ab. Wir wollen eine Jugendschutzpolitik vorantreiben, mit der
344 die Medienkompetenz aller Beteiligten gestärkt wird und Erziehungsberechtigten
345 Hilfestellungen gegeben werden. Jugendmedienschutz ist in unseren Augen eine Multi-
346 Stakeholder-Aufgabe, nur vereint können Erziehungsberechtigte, Kinder und Jugendliche,
347 Lehrpersonal, Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit und die Betreiber von
348 Internetangeboten diese komplexe Herausforderung lösen. Pflichtprogramme oder
349 voreingestellte Filtertechniken sind hingegen der falsche Ansatz. Wichtig ist uns, dass die
350 Kriterien, warum Inhalte zugänglich oder unzugänglich sein sollen, transparent und
351 nachvollziehbar sind. Andernfalls ließe sich Missbrauch oder einseitige
352 Kommerzialisierung nur schwerlich verhindern. Die ersten Entscheidungen der
353 Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) zur Zertifizierung von
354 Jugendschutzprogrammen werden wir auf dieser Grundlage genauestens prüfen und den
355 Einsatz und die Ergebnisse dieser Software kritisch begleiten.

356

357 Das Wissen über Chancen und Risiken ist die Grundvoraussetzung, damit
358 Jugendmedienschutz funktionieren kann. Diese Befähigung zur kritischen Nutzung des
359 Internets kann nicht durch Internetführerscheine erteilt werden. Konzepte, die
360 Medienkompetenz als reines Abfragewissen verstehen, wie das bei einigen
361 "Medienführerschein" der Fall ist, lehnen wir daher ab. Medienkompetenz erfordert
362 erlebtes und fortschreitendes Lernen, Interaktivität, den Einsatz sowie die Nutzung von
363 Medien in verschiedensten Situationen und muss immer weiter entwickelt werden. Die
364 Auseinandersetzung damit und entsprechende Programme dürfen nicht mit dem
365 Verlassen der Schule enden. Dieser Prozess läuft lebenslang – und gilt sowohl für Digital
366 Natives, für die das Internet schon immer vorhanden war, als auch für die so genannten

367 Silver Surfer, die das Internet neu im hohen Alter intensiv und häufig nutzen. Hier wollen
368 wir stärker auf internationale Erfolge schauen und die Mittel für entsprechende
369 Programme, bspw. der Medienpädagogik, auf Länderebene erhöhen. Damit einher geht
370 für uns die Anerkennung, dass sich durch die Digitalisierung auch unser kulturelles Umfeld
371 verändert.

372 Computerspiele sind Teil der Spielkultur, und für uns Kulturgut. Populistische Rufe nach
373 einem Verbot von Spielen, die in der allgemeinen Öffentlichkeit als „Killerspiele“
374 bezeichnet werden, halten wir ähnlich wie die Bezeichnung für falsch. Die heutigen
375 Grenzen für die Beschränkung des Verkaufs und der Werbung oder der strafrechtlichen
376 Verfolgung von Spielen reichen völlig aus. Nicht zuletzt sehen wir Computerspiele und
377 mediale Anwendungen als immer wichtiger werdendes Handlungsfeld der
378 Kreativwirtschaft was auch mit den Instrumenten der Medienförderung gefördert werden
379 sollte.

380 Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt: Zur besseren Rechtsdurchsetzung
381 bedarf es einer Stärkung der grenzüberschreitenden europäischen und internationalen
382 Kooperation zwischen den Ermittlungsbehörden. Diese muss in unseren grundsätzlichen
383 Ansatz, eine globale Internet-Governance-Struktur einzuführen, eingebettet werden. Hier
384 stehen noch viele Entscheidungen aus. Wir wollen diese im Dialog mit allen Beteiligten,
385 also in einem Multi-Stakeholder-Ansatz forcieren. Denn wenn es gleichermaßen
386 Grundlagen zur Wahrung der Freiheit des Internets, als auch zur Rechtsdurchsetzung gibt,
387 sind ausufernde Kontroll- und Sperrmaßnahmen, die unsere Grundrechte gefährden und
388 sich zudem als wenig zielführend erwiesen haben, hoffentlich endlich Teil der
389 Vergangenheit.

390 **Barrierefreiheit leben**

391 Die Möglichkeit zur umfassenden Nutzung des Internets besteht nicht nur durch die
392 Vermittlung entsprechender Fähigkeiten, sondern auch in der Bereitstellung
393 entsprechender Inhalte und Plattformen. Barrierefreiheit muss auch im Internet gelebt
394 werden. Hier wollen wir die nun endlich verabschiedete Barrierefreie
395 Informationstechnikverordnung (BITV 2.0) umsetzen, für alle öffentlichen Einrichtungen
396 verpflichtend machen und uns intensiv für den Einsatz in der Privatwirtschaft einsetzen.
397 Dies ist der erste Schritt zu Barrierearmut mit dem Ziel, eine tatsächliche Barrierefreiheit
398 im Internet zu erreichen. Wir wollen Inklusion leben und sehen gerade für Menschen mit
399 Behinderungen hier zentrale lohnenswerte Möglichkeiten, wie das Internet sie begleiten
400 und unterstützen kann. Diese Potentiale wollen wir fördern, seien es virtuelle Stadtpläne
401 für RollstuhlfahrerInnen oder Schulungsplattformen für geistig Behinderte.

402 Damit Angebote wie im Bereich der Barrierefreiheit möglich werden, braucht es auch im
403 Internet Standards, die offenen Zugang und freie Nutzung absichern und Komplikationen
404 durch Unvereinbarkeit verhindern.

405 Die Frage, in welcher Gesellschaft wir morgen leben wollen, ist unmittelbar verknüpft mit
406 der Frage, welche Technik zum Einsatz kommt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich
407 dafür ein, dass national wie international die gesellschaftliche Rolle von technischen
408 Standards, der Normierung von Formaten, Schnittstellen und Übertragungsprotokollen
409 berücksichtigt wird. In die Entstehung von Standards muss unser demokratisches
410 Gesellschaftsbild einbezogen werden, dies gilt sowohl für den Inhalt, als auch für den
411 Prozess. Technik für eine freie digitale Gesellschaft kann nicht in antidemokratischen,
412 geschlossenen Zirkeln entstehen. Eine freie digitale Wissensgesellschaft kann nur unter
413 den Bedingungen von Offenheit und Pluralismus gedeihen. Unser Ziel ist es, die soziale

414 und gesellschaftliche Teilhabe Aller, mit und im Internet zu erhöhen, Differenzen und
415 Benachteiligungen, sei es auf Grund des Geschlechts, der Herkunft, des Aussehens, der
416 sozialen Situation oder des Alters, abzubauen.

417 **Offenheit und fairer Interessenausgleich für die digitale Wissensgesellschaft**

418 Die Digitalisierung unseres Lebens ist eines der kraftvollsten Triebkräfte für
419 gesellschaftliche Veränderung. Die schnelle, kostengünstige, unbegrenzte
420 Vervielfältigungsmöglichkeit bestimmter Inhalte bei gleichbleibender Qualität und die
421 globale Verbreitungsmöglichkeit über das Internet bergen enorme Chancen. Die
422 Digitalisierung bringt einen enormen Freiheitsgewinn mit sich, da Informationen, Wissen
423 und kulturelle Güter einfacher und freier zugänglicher sind, neue Möglichkeiten der
424 Teilhabe an Wissen und Kultur durch eine wachsende Sammlung von Gemeingütern
425 entstehen. Die Wissensgesellschaft im Internetzeitalter kann soziale Teilhabe massiv
426 stärken, Bildungschancen für alle nachhaltig verbessern und vor allem unsere Demokratie
427 vitalisieren und grundlegend stärken. Statt andere von Wissen und Information
428 auszugrenzen, wollen wir allen Teilhabe ermöglichen, auch durch den freien
429 Wissenstransfer zwischen dem globalen Norden und globalen Süden.

430 Wir Grüne setzen uns auch weiterhin für eine Modernisierung und Reform des
431 Urheberrechts und einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der UrheberInnen und
432 UserInnen, also aller im Internet Beteiligten ein. Wir wollen die UrheberInnen und
433 KünstlerInnen stärken – auch gegenüber den Verwertern und Vermarktern ihrer Inhalte,
434 aber ebenso einen angemessenen finanziellen Ausgleich für die freie Nutzung ihrer
435 urheberrechtlich geschützten Inhalte im Internet schaffen. Gleichzeitig wollen wir die
436 Kriminalisierung der nicht-kommerziellen Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke im
437 Internet beenden und den Zugang zu ihnen grundsätzlich erleichtern. Wird
438 urheberrechtlich geschütztes Material auf einer Internetseite oder Plattform direkt
439 angeboten, die in nicht geringfügigem Maße (höher als Kostendeckung) Einnahmen durch
440 Beiträge von Mitgliedern wie Käufern oder durch Werbung oder Verlinkung hat, so ist dies
441 ein kommerzielles Ausmaß.

442 Mit großer Sorge sehen wir auch die Praxis, dass zahlreiche „neue Verwerter“ im Internet
443 vom Vertrieb kreativer Werke profitieren, ohne KünstlerInnen entsprechend zu beteiligen
444 und in deren Förderung und Entwicklung zu investieren. Auch deswegen wollen wir das
445 Vertragsrecht auf europäischer Ebene reformieren, um UrheberInnen in eine stärkere
446 Verhandlungsposition zu bringen und neue Möglichkeiten des Zugangs und der Nutzung
447 zu ermöglichen.

448

449 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat ein auf die Herausforderungen der digitalisierten Welt
450 angepasstes Urheberrecht zum Ziel, einen Ausgleich zwischen den Interessen,
451 Ansprüchen, persönlichen Verbindungen und Rechten der SchöpferInnen eines Werkes
452 und den Interessen der kulturellen Teilhabe der Gesellschaft herzustellen. Durch eine
453 befristete Exklusivität der Nutzungsmöglichkeiten für die UrheberInnen soll das
454 Urheberrecht bspw. den SchöpferInnen ermöglichen, als Baustein der Finanzierung, von
455 seinem Werk selbst angemessen finanziell zu profitieren (soweit er/sie dies will) und nicht
456 nur von damit verbundenen indirekten Einnahmen (z.B. Auftritte, Merchandise,
457 Vermarktung der Persönlichkeit etc.). Somit soll sichergestellt werden, dass KünstlerInnen
458 die Möglichkeit haben, sich auf die Erschaffung neuer Werke konzentrieren zu können und
459 nicht zur Ausübung eines weiteren Berufs, der nicht seiner/ihrer künstlerischen oder
460 kreativen Qualifikation entspricht, gezwungen werden. Damit versprechen wir uns eine

461 größere Vielfalt an Kulturgütern und somit einen höheren kulturellen Wohlstand für die
462 Gesellschaft, als es ohne Urheberrecht der Fall wäre.

463 Durch den Aufbau von marktbeherrschenden Verwertungsstrukturen wurde dieses
464 grundsätzliche Ziel der höchstmöglichen kulturellen Vielfalt und Teilhabe bei gleichzeitiger
465 Beteiligung der SchöpferInnen in der Vergangenheit in vielen Bereichen konterkariert und
466 hat damit auch dazu beigetragen, dass die Akzeptanz des Urheberrechts in Teilen der
467 Gesellschaft stark gesunken ist. Die Debatte um die Einführung eines
468 Leistungsschutzrechts für Presseverlage, welches wir ablehnen, oder öffentliche
469 Kampagnen, die Verstöße gegen das Urheberrecht mit schweren Verbrechen
470 gleichsetzen, verstärken diesen Trend nur weiter. Gleichzeitig hat sich in den letzten
471 Jahren ein System des Abmahnwesens etabliert, dass diesen Akzeptanzverlust verstärkt.
472 Es setzt falsche Anreize und führt zu Massenabmahnungen, die häufig auch Unschuldige
473 treffen. Daher wollen wir das System des Abmahnwesens, gerade im Bereich von
474 Urheberrechtsverletzungen, grundlegend verändern. Vorschläge über die
475 Streitwertherabsetzung, die Abschaffung der Kostenerstattung für die erste Abmahnung,
476 die Herabsetzung von Regelstreitwerten, die Abschaffung des fliegenden Gerichtsstands
477 oder eine Verbesserung der vorgesehenen Kostendeckelung für einfach gelagerte Fälle
478 sind notwendig und werden von uns unterstützt und weiter verfolgt.

479 Mit der Digitalisierung von Kulturgütern stellen sich neue Chancen, aber auch neue
480 Herausforderungen, was die Verfügbarkeit von Inhalten und die Nutzungsgewohnheiten
481 von UserInnen angeht. Konnte früher die Vinyl-Platte nur am heimischen Plattenspieler
482 oder bei FreundInnen abgespielt werden, so werden Werke heute auf dem Handy, Tablet,
483 Notebook oder auch in der Cloud gespeichert und auf unterschiedlichsten Geräten
484 wiedergegeben. Diesen Mehrgewinn an Nutzungseigenschaften wollen wir schützen
485 und stärken und streiten daher für das Recht auf digitale Privatkopie und die Möglichkeit
486 der Wiederveräußerbarkeit von Immaterialgütern, die wir verbraucherrechtlich verankern
487 wollen. Die digitale Privatkopie darf weder durch technische Maßnahmen, namentlich vor
488 allem Digitales Rechte Management (DRM), oder durch juristische Einschränkungen
489 unterbunden werden. Eine solche Kopie zur privaten Nutzung und das Recht, diese Kopie
490 auf eigene Geräte, sei es dem Laptop, dem MP3-Player, dem Tablet-PC oder dem
491 Smartphone zu übertragen, beinhaltet jedoch nicht automatisch das Recht, diese auch
492 öffentlich mit anderen zu teilen. Die digitale Privatkopie wird dabei genauso durch eine
493 entsprechende Vergütung kompensiert, wie die analoge Privatkopie.

494 **Remix-Kultur und transformatorische Nutzung**

495 Die Digitalisierung erlaubt es, Inhalte mit verhältnismäßig einfachen technischen Mitteln
496 und Kosten selbst zu produzieren, gemeinsam zu nutzen und im Internet einer breiten
497 Öffentlichkeit zugänglich zu machen. So können NutzerInnen auch teilweise selbst zu
498 Kreativen werden und dabei zu Teilen auch urheberrechtlich geschützte Inhalte für ihre
499 Schöpfungen verwenden. KünstlerInnen, die mit ihren Arbeiten auf digitale Inhalte anderer
500 Kreativer aufbauen, sind somit wiederum selbst in der Nutzerrolle. Im Internet entstehen
501 kreative Nutzungsgewohnheiten und Formate, die es schwierig machen, auch bei
502 unterstelltem guten Willen, fremde Urheberrechte zu beachten.

503 Das Urheberrecht sollte im Hinblick auf seine Kompatibilität zu neuen Nutzungs- und
504 Lizenzierungsmöglichkeiten und hinsichtlich seiner Verständlichkeit für NutzerInnen und
505 UrheberInnen verbessert werden. In einer Gesellschaft, in der die technischen
506 Möglichkeiten sowohl der Erstellung als auch der Bearbeitung von Inhalten nahezu Jeder
507 und Jedem gegeben sind, muss das Urheberrecht auch diese Potentiale erschließen,

508 indem es verständlicher und einfacher ausgestaltet wird.

509 Der emanzipierte, nachhaltige Umgang mit eigenen kreativen Inhalten, aber auch der faire
510 Umgang mit den Inhalten Dritter muss eine Zielvorstellung für die notwendige
511 Umgestaltung des Urheberrechts sein. Das Urheberrecht darf die Potentiale der
512 Digitalisierung weder ignorieren noch behindern. Genausowenig dürfen aber auch die
513 Rechte der KünstlerInnen beschnitten werden.

514 Deshalb wollen wir, vergleichbar zu Fair-Use Regelungen im US-amerikanischen Recht,
515 eine urheberrechtliche Schranke zur Ermöglichung nicht-kommerzieller Nutzungsformen
516 einführen, die auf die Weiterentwicklung und Bearbeitung vorhandener Werke zielt.
517 Kreatives Schaffen darf nicht an einem restriktiven Urheberrecht scheitern. Die
518 vorhandenen Restriktionen im Urheberrecht wollen wir verändern, indem wir alternative
519 Lizenzformen, wie z.B. Creative Commons, fördern und auch selber stärker nutzen, die
520 deutlich zwischen dem Ansatz der kommerziellen und nicht-kommerziellen Nutzung
521 unterscheiden.

522 Um eine Kultur der transformatorischen Nutzung zu ermöglichen, ist es Ziel unserer
523 Politik, soviel Wissen und kulturelle Güter wie möglich zur freien Nutzung bereitzustellen.
524 Deswegen wollen wir, dass Verwertungsgesellschaften Creative Commons Lizenzen
525 zulassen, damit die Künstler freier wählen können, welche Verwertungswege sie
526 einschlagen wollen. Eine deutliche Verkürzung bzw. Flexibilisierung der Schutzfristen z.B.
527 auf fünf Jahre muss mit der Möglichkeit der Neuverhandlung einhergehen. Das bedeutet:
528 Eine fünfjährige Schutzfrist ab Veröffentlichung mit anschließender, gebührenpflichtiger
529 mehrmaliger Verlängerungsoption. Wir wollen eine Schrankenausweitung für Blinde, so
530 dass sie leichter in den Genuss von Büchern kommen können.

531 Eine besondere Verantwortung für die Förderung freien Wissens und kultureller Güter,
532 sehen wir im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Hier wird durch die
533 Gemeinschaft, mit erheblichen Mitteln, eine Vielfalt an Werken finanziert, die unserer
534 Ansicht nach unter freien Lizenzen, digitalisiert zur erneuten Nutzung in frei zugänglichen
535 Archiven bereitgestellt gehören. Wir sehen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Teil
536 unserer digitalisierten Welt und stellen uns daher gegen die derzeitigen künstlichen
537 Gängelungen und willkürlichen zeitlichen Restriktionen. Die Verpflichtung des öffentlich-
538 rechtlichen Rundfunks durch gesetzliche Regelungen zur De-Publizierung von Inhalten
539 widerspricht unseren Vorstellungen von Vielfalt und digitaler Teilhabe. Die Regelung,
540 einen erheblichen Teil der Inhalte nach sieben Tagen aus den Mediatheken entfernen zu
541 müssen, ist falsch und wird von uns abgelehnt.

542 In den Filmarchiven der Bundesrepublik lagert ein reiches und historisch relevantes
543 Filmerbe. In der Digitalisierung dieses Erbes liegt eine große Chance und immer mehr
544 auch eine Notwendigkeit. Die Haltbarkeit der Filmrollen ist auch bei guten
545 Lagerbedingungen begrenzt. Wir setzen uns für eine digitale Langzeitarchivierung ein,
546 damit das Filmerbe auch zukünftig lebendig und für ein breiteres Publikum zugänglich
547 bleibt. Eine breitere Digitalisierung des Filmerbes kann auch neue Wege des Zuganges
548 über Internet oder DVD eröffnen.

549 Auch die Wissenschaft hat alle Chancen von den neuen digitalen Realitäten ganz
550 erheblich zu profitieren, wenn wir die politischen Rahmenbedingungen hierfür schaffen.
551 Viele der derzeitigen urheberrechtlichen Regelungen entsprechen nicht den
552 Anforderungen und der Praxis des wissenschaftlichen Arbeitens, des akademischen
553 Diskurses und der Weiterverbreitung von Wissen in Forschung und Lehre. Im
554 wissenschaftlichen Kontext unterstützen wir das Open-Access-Prinzip, dem freien Zugang

555 zu Publikationen und anderen Informationen. Wir streben an, dass in Zukunft alle
556 Forschungsergebnisse und Daten, die durch öffentliche Finanzierung ermöglicht wurden,
557 der Öffentlichkeit kostenfrei dauerhaft zugänglich gemacht werden. Vor dem Hintergrund
558 internationaler Erfahrungen wollen wir prüfen, welche Wege und Instrumente – etwa
559 entsprechende Klauseln bei öffentlichen Mittelzuweisungen – besonders geeignet sind,
560 um dieses Ziel zu erreichen. Auch das Urheberrecht muss so gestaltet werden, dass es
561 wissenschaftliche Beiträge als Open-Access-Publikationen ermöglicht und erleichtert.
562 WissenschaftlerInnen benötigen Rechtssicherheit, wenn sie im Open-Access-Prinzip
563 publizieren, beispielsweise über ein unabdingbares Zweitverwertungsrecht für
564 wissenschaftliche Zeitschriften- und Sammelbandbeiträge, sofern diese im Rahmen mit
565 öffentlichen Mitteln finanzierten oder teilfinanzierte Lehr- und Forschungstätigkeit
566 entstanden sind. Zudem muss ein zeitgemäßes Urheberrecht praktikable und
567 rechtssichere Schrankenregelungen zugunsten der Wissenschaft enthalten, auch im Sinne
568 des Fair Use. Dies betrifft vor allem die Arbeit mit digitalen Dokumenten auf Lehr- und
569 Lernplattformen, in Seminaren und Forschungsumgebungen sowie die digitale
570 Langzeitarchivierung und den digitalen Kopienversand.

571 **Pauschalvergütung**

572 Auch im Bereich der privaten Nutzung bedarf es zukunftsfähiger neuer Lösungen, um den
573 geforderten Interessensausgleich zwischen UrheberInnen und NutzerInnen zu
574 ermöglichen. Die zunehmenden Verfolgung von NutzerInnen, die Einschränkung ihrer
575 Nutzungsmöglichkeiten und die ausufernden Eingriffe in die Privatsphäre, wie sie in
576 Frankreich oder Großbritannien der Fall sind, widersprechen unserem Ziel einer offenen
577 Wissensgesellschaft. Wir lehnen sie ausdrücklich ab – sie sind unverhältnismäßig und
578 kontraproduktiv. Unser Ziel ist die angemessene Vergütung der nicht-kommerziellen
579 Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke, deren Nutzung weder straf- noch
580 zivilrechtlich verfolgt werden kann.

581 Um dabei den Ausgleich zwischen Nutzung und Anspruch auf finanzielle Entlohnung zu
582 wahren, setzen wir mit der Pauschalvergütung auf die Fortsetzung eines etablierten
583 Systems im digitalen Zeitalter. Seit über 40 Jahren wird in Deutschland im Bereich der
584 nicht-kommerziellen Nutzung vergütet statt verfolgt. So werden Abgaben auf Leerträger
585 wie CD- oder DVD-Rohlinge, Fotokopierer oder Speichermedien erhoben.

586 Dieses System wollen wir auf den Internetanschluss übertragen und monatlich eine
587 pauschale Summe erheben, die sich an der Bandbreite orientiert. Das Gutachten des
588 Instituts für Europäisches Medienrecht im Auftrag der Bundestags- und Europafraktion aus
589 dem Jahr 2009 zeigt, dass ein solcher Ansatz rechtlich umsetzbar ist, auch wenn es
590 bestehende Strukturen des Vertriebs und der Verwertung von Kulturgütern radikal
591 verändern würde. Diesen Ansatz wollen wir zu einem konkreten Konzept weiter
592 entwickeln, ihn diskutieren und somit letztendlich eine Informations- und
593 Wissensgesellschaft ermöglichen, die nicht von Kriminalisierung, Abmahnungen,
594 Bürgerrechtseinschränkung, Verfolgung und Sperrung von Internetanschlüssen geprägt
595 ist. Diese Politik ist Teil unseres grünen neuen Gesellschaftsvertrages, da sie sich am Ziel
596 ausrichtet, die Veränderungen in unserer Welt politisch in neuen Zusammenhängen zu
597 denken.

598 **Motor für Innovationen und Fortschritt**

599 Die Offenheit des Internets ermöglicht auch wirtschaftlich neue Impulse und unterstützt die
600 sozial-ökologische Transformation. Investitionen ins Internet oder im Internet sind
601 allgegenwärtig, es ist zu begründen, wieso man dies heute nicht mehr vornimmt, da die

602 positiven Abstrahleffekte von Investitionen in diesem Bereich weitreichend sind. Freie und
603 Offene Software wird global fortentwickelt. Menschen planen in kleinen Start-Ups
604 innovative Ideen weiter und schaffen damit viele neue Arbeitsplätze. Die Sicherung dieses
605 Innovationspotentials darf nicht durch Einschränkungen des Zugangs zum Internet
606 unterbunden werden. Internetunternehmen zählen zu den wertvollsten Marken unserer
607 Zeit, dies rechtfertigt jedoch nicht die Abschottung von Märkten für wenige große
608 Konzerne. Im Gegenteil: Wir wenden uns auch im Internet gegen die Bildung von
609 Monopolen und Oligopolen. Wir streiten auch weiterhin im Sinne der NutzerInnen für
610 Vielfalt und effektive VerbraucherInnenrechte.

611 In den Fokus gehören daher Wirtschaftsmodelle, die sich unserem Ziel einer offenen
612 Wissensgesellschaft besonders verpflichtet fühlen. Open Business Modelle und sozial-
613 ökologische Geschäftsideen setzen auf den Ansatz des Teilens, der Offenheit und des
614 Miteinanders und tragen somit außerordentlich zu einem Wohlstandsgewinn für alle bei.
615 Die Zeit der Abschottung muss überwunden werden. Wir streiten für Offenheit statt
616 Patentkriege und unterstützen freie und offene Software (FOSS) auf allen Ebenen, da die
617 Nutzung entsprechender Angebote auch ein politisches Statement für Offenheit und gegen
618 Monopole ist. Für unsere Internetwirtschaft sollten daher die Rechte der NutzerInnen
619 besonders im Fokus stehen. Datenschutz und gelebte VerbraucherInnenrechte sind
620 hierbei ganz zentrale Punkte.

621 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher für offene Standards, die ein reibungsloses
622 Zusammenspiel verschiedener Software (Interoperabilität) ermöglichen und ein Verbot von
623 Softwarepatenten ein. Wir wollen Netzwerkexternalitäten und Lock-In-Effekten von
624 Sozialen Netzwerken, die bspw. verhindern dass Jede und Jeder einfach soziale
625 Netzwerke wechseln und entstandene Kontakte und Inhalte portieren kann,
626 entgegenwirken und diese öffnen, in dem wir Möglichkeiten für Trennungsgebote prüfen.
627 Netze oder Plattformen sollen so losgelöst von der Speicherung oder Einspeisung von
628 Daten bzw. Informationen funktionieren.

629 Aus innovationspolitischer Sicht wäre das Ende der Netzneutralität ein herber Rückschlag.
630 Unternehmerische Kreativität und Ideen würden gehemmt, wenn der freie Zugang zum
631 Endkunden ohne zusätzliche Kosten nicht mehr möglich wäre oder Plattformen im Internet
632 andere Angebote aussperren könnten.

633 Die von uns verfolgte Offenheit als Wirtschaftsmotor muss aber auch gesellschaftlich
634 wirken. Das Internet ist heute ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und die Erfolge der letzten
635 Jahre zeigen, dass Wohlstand und neue Arbeitsplätze mit entsprechenden Angeboten
636 geschaffen werden. Wir wollen eine GründerInnenkultur unterstützen, die kreative Start-
637 Ups fördert, ihnen Unabhängigkeit zubilligt und die gesellschaftliche Akzeptanz für diesen
638 Schritt in die Selbstständigkeit und das UnternehmerInnenentum im Internet als solches
639 steigert. Wir setzen uns dafür ein, die Möglichkeiten zu verbessern, an Risikokapital zu
640 gelangen, da Venture Capital elementar ist, um Start Ups im Bereich der Internetwirtschaft
641 zu fördern. Deutschland hat sich als Land der IngenieurInnen einen weltweiten Namen
642 gemacht und kann mit innovativen Unternehmensideen zum attraktivsten Standort für
643 junge und kreative Internet Start-Ups außerhalb Nordamerikas werden. Dieses Ziel wollen
644 wir politisch unterstützen. Der Transfer zwischen Wissenschaft und Netzökonomie muss
645 gestärkt werden.

646 Grüne IT-Politik hat immer auch eine soziale Ebene, national wie international. In
647 Deutschland sind viele Beschäftigte im IT Bereich und der Kreativwirtschaft – zumindest
648 zu Beginn ihres Berufsleben – prekär beschäftigt. Nicht zuletzt die "Generation Praktikum"

649 ist hier besonders stark vertreten. Auch den unsteten projektbasierten Arbeitsverhältnissen
650 Selbstständiger wollen wir durch eine bessere soziale Absicherung entgegen treten. Damit
651 Sozialversicherungsbeiträge permanent bezahlt werden können und unstete
652 Lebensverläufe nicht zum Risikofaktor bei der Arbeitsagentur oder den
653 Sozialversicherungen werden, setzen unsere arbeitsmarktpolitischen Konzepte gerade bei
654 dieser Zielgruppe an. Zudem werden gerade in der IT-Wirtschaft neue Modelle von
655 flexibleren, familiengemäßerer Arbeitszeiten und Mitarbeiterbeteiligung vorgelebt, die
656 weiter gefördert gehören.

657 Aber auch international gibt es eine hohe Verantwortung der IT-Wirtschaft, sei es bei den
658 Produktionsbedingungen oder der Abfallbeseitigung. Wir setzen auf nachhaltige IT- und
659 Kommunikationslösungen im Sinne von fairer und grüner Informationstechnologie (Fair
660 IT/Green IT), statt auf kurze Lebenszyklen und ein überdimensioniertes Mehr an Leistung,
661 Speicher und Pixeln. Die Produktion von Elektronik muss den Grundsätzen der
662 Nachhaltigkeit folgen und unter menschenwürdigen Bedingungen stattfinden.
663 Schadstofffreiheit, Recyclingfähigkeit und niedriger Stromverbrauch müssen als
664 Qualitätsmerkmale moderner Elektronik in allen Einsatzgebieten gefördert werden. Gerade
665 internationale Konzerne, aber auch die öffentliche Hand, sind hier gefragt, um sich für
666 entsprechende Arbeits- und Umweltbedingungen in ihren eigenen Unternehmen aber auch
667 bei ihren Zulieferern einzusetzen. Nicht zuletzt der Konflikt um seltene Erden macht
668 deutlich, dass auch unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit ein Umdenken stattfinden muss.
669 Informationstechnologie bietet auch Potentiale zur besseren Gestaltung unserer
670 ökologischen Zukunft: Chancen und Herausforderungen, "grün durch
671 Informationstechnologie" zu werden, sehen wir z.B. im Bereich der Telearbeit, bei der
672 Entwicklung intelligenter Stromnetze und nachhaltigem städtischen Umwelt- und
673 Verkehrsmanagement.

674 Mit grünen Werten die Digitalisierung gestalten

675 Netzpolitik tangiert nahezu alle Bereiche unserer Gesellschaft und Politikfelder,
676 Wissenschafts- wie Kulturpolitik, Rechts- wie Innenpolitik, Kinder- wie Jugendpolitik,
677 Wirtschafts- und Verbraucher, Umwelt- wie Arbeitsmarktpolitik – die Aufzählung ließe sich
678 für alle Ressorts durchdeklinieren. Die Netzpolitik ist das große Querschnittsthema
679 unserer Zeit. Das Internet selbst ist für uns nicht nur ein technisches Instrument, sondern
680 eine sozialer Ort, den es für mehr demokratische Mitbestimmung zu nutzen gilt. Genauso
681 muss es aber auch immer möglich sein, ohne digitale Kompetenz umfassend an den
682 gesellschaftlichen Prozessen mitwirken zu können. Unsere Netzpolitik ist sozial inklusiv
683 und auf Teilhabe aller ausgerichtet. Der Prozess, die digitale Zukunft national wie
684 international politisch zu begleiten, wird multiple Lösungswege erfordern, den einen
685 richtigen Ansatz gibt es nicht. Es ist ein globaler Prozess, der die Diskussion mit
686 zahlreichen Akteuren notwendig macht, in dem Lobbyinteressen immer stärker zu Tage
687 treten und Interessenskonflikte vorprogrammiert sind. Der Grüne Ansatz richtet sich dabei
688 an unseren Werten und nicht an tagespolitischer Effekthascherei aus. Für uns stehen die
689 Interessen und Rechte der Nutzerinnen und Nutzer im Vordergrund, nicht die Interessen
690 weniger. Gemeinsam mit einer interessierten Öffentlichkeit, in einer Kultur, die
691 Transparenz, die Bürgerrechte und Offenheit lebt und die individuelle Entscheidungen
692 respektiert, wollen wir unsere netzpolitischen Konzepte fortlaufend fortentwickeln und
693 weiterhin für eine progressive Netzpolitik mit ihren vielfältigen Chancen streiten.

694 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind sich bei der Erarbeitung ihrer netzpolitischen Konzepte
695 neben ihrer Verantwortung gegenüber allen NutzerInnen des Internets auch ihrer

696 Verantwortung denjenigen gegenüber bewusst, die nicht am Internet teilhaben wollen und
697 deshalb nicht abgehängt werden dürfen. In einer offenen Wissensgesellschaft muss ein
698 partizipatives Leben im, aber eben auch außerhalb des Internets möglich sein.

699 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen sich der Herausforderung, online wie offline, den
700 Umbruch vom 20. in das 21. Jahrhundert, mit all seinen neuen und spannenden
701 demokratischen Möglichkeiten, mit zu gestalten. Diese Herausforderung nehmen wir
702 Grünen an.

703